

Das Maximale ist weniger als das Wünschenswerte

Stadtverwaltung Göttingen nimmt Stellung zur Finanzierung von Schulsanierungen / Nachtragshaushalt nötig / Fraktionen wollen Änderungsanträge stellen

Von Ulrich Meinhard

Göttingen. Alle müssen sparen. So lautet die Botschaft der Stadtverwaltung Göttingen an alle Schulen der Stadt, die einen Sanierungsbedarf haben. Vor dem Hintergrund der angekündigten Demonstration von fünf Schulen hatten Schuldezernentin Maria Schmidt (Grüne) und Kämmerer Christian Schmetz (CDU) Medienvertreter zu einem Gespräch eingeladen. Dabei spielten zwei Zahlen eine wichtige Rolle: Aus den noch 2017 veranschlagten 35 Millionen Euro, die seinerzeit für die bauliche Ertüchtigung von Schulen veranschlagt waren, sind in der Planung mittlerweile 90 Millionen Euro geworden. Gründe seien die allgemeine Steigerung der Baukosten, aber auch neue Erkenntnisse bei der konkreten Baubegutachtung, wie etwa ein schwieriger Baugrund oder eine festgestellte Schadstoffbelastung.

Vollbremsung nach Neubewertung im September

Angesichts dieser Kostensteigerung könnten nicht alle ursprünglichen Planungen realisiert, nicht alle Wünsche erfüllt werden. „Ich verstehe jeden, der für seine Sache kämpft“, sagte Schmetz. Aufgabe der Verwaltung sei es, das Maximale herauszuholen. Das solle nun über einen Nachtragshaushalt geschehen, das heißt, Geld steht noch gar nicht zur Verfügung. Es gelte, alle Bedarfe anzuschauen, sagte der Erste Stadtrat. Bei einer Neubewertung im September 2019 habe eine Vollbremsung erfolgen müssen – und ein Schritt zurück – nicht nur beim Otto-Hahn-Gymnasium (OHG). Auch die Geschwister-Scholl-Gesamtschule müsse mit großen Einschnitten leben: statt 32 Millionen Euro sollen nur noch 21 Millionen Euro zur Verfügung stehen. „2017 sind die Bedarfe geschätzt worden“, sagte Schmidt. Anhand der schließlich belastbaren Daten „mussten wir uns neu sortieren, um die Maßnahmen im Haushalt darstellen zu können“.

Am Beispiel des Hainberg-Gymnasiums (HG) legte sie dar, dass unter anderem aufgrund der festgestellten Schadstoffbelastung der Fassade eine geplante Sanierung keinen Sinn mache, ein Neubau an dieser Stelle aufgrund der nahen Wohnbebauung aber schwierig sei. Aktuelle Überlegung hier: ein Neubau an völlig anderer Stelle. Bei der Grundschule Bonifatius I müssten für die Herrichtung des Standortes plus der Umsetzung eines Brandschutzes nach derzeitigen Standards 6,7 Millionen Euro aufgewendet werden. Das Gebäude sei einst



Schüler, Eltern und Lehrer des Otto-Hahn-Gymnasiums bereiten Protestplakate für die Demo vor.

FOTO: HINZMANN

gar nicht als Schule konzipiert gewesen, gab Schmidt zu bedenken. Plan der Verwaltung ist, dass die Schule umzieht und zwar nach Geismar.

Kommunikation war ins Stocken geraten

Von Seiten vieler Schulen wird beklagt, dass es an der Kommunikation zwischen ihnen und der Verwaltung seit Monaten hapere, dass sie nicht zu Baugesprächen eingeladen worden seien und keine Informationen erhalten hätten. „Grundsätzlich haben wir eine gute Kommunikation“, sagte Schmidt. Sie wie auch Schmetz räumten ein, dass der Austausch seit September 2019 ins Stocken geraten sei. Die Verwaltung habe erst einmal selbst neu planen müssen, das habe seine Zeit gedauert. Außerdem müssten Informationsketten eingehalten werden.

Die Frage, ob sie die Schullandschaft Göttingens insgesamt für gut befände, antwortete die Dezernentin bejahend. „Schule lebt ja nicht nur von Räumen, sondern auch von pädagogischen Konzepten“, unterstrich sie. Auf Nachfrage speziell zum OHG und den 1,2 Millionen Euro, die hier durch Wegfall einer Etage eingespart werden sollen, meinte Schmidt, dass 1,2 Millionen Euro eine Menge Geld seien. Sollte der Rat dennoch einen vierstöcki-

gen Neubau beschließen, müsste er erklären, an welcher anderen Stelle das Geld eingespart werden soll. Schmidt mit dem Verweis auf die von 35 auf 90 Millionen Euro gestiegenen Baukosten: „Wie man sieht, sparen wir nicht – im Gegenteil.“ Sie als Schuldezernentin würde gerne alle Wünsche der Schulen erfüllen, wenn sie denn finanzierbar wären. Schmetz dazu: „Wir kommen hier an unsere Grenzen.“

Schulsanierungen sind Thema im Finanzausschuss

Im Anschluss an die Demonstration der Schulen am 3. März vor

dem Neuen Rathaus wollen Vertreter der Bildungsstätten an der Sitzung des um 17 Uhr in öffentlicher Sitzung tagenden Finanzausschusses teilnehmen. Hier dürfte es ausführlich um das Thema Schulsanierungen gehen. Vertreter von CDU und FDP haben sich bereits gegen Kürzungen positioniert. Bestürzt zeigen sich die Göttinger Piraten über die beengten Verhältnisse im Otto-Hahn-Gymnasium. „So etwas wie im OHG habe ich noch nicht erlebt. Ich hätte nie gedacht, dass es in einer deutschen Stadt so etwas überhaupt gibt“, erklärte Ratscherr Francisco

Welter-Schultes nach einem Rundgang und bezog sich unter anderem auf 1,3 Quadratmeter Platz für einen Schüler (Ziel sind zwei Quadratmeter).

Güntzler warnt vor Zweifel an demokratischen Prozessen

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Fritz Güntzler pocht darauf, dass der Rat der Stadt Göttingen an seinem Ratsbeschluss festhalten müsse, dass der Anbau für das OHG vierstöckig erfolgt. „Jede andere Entscheidung lässt bei allen Beteiligten, gerade auch bei den Schülerinnen und Schülern, große Zweifel an demokratischen Prozessen aufkommen. Das Vertrauen in die Demokratie steht hier auf dem Spiel“, warnt Güntzler. Allerdings ist ein vierstöckiger Bau im Schulstättenentwicklungskonzept für die Schuljahre 2018/19 bis 2022/23 nicht beschlossen worden. Vielmehr ist ein Neubau auf dem Schulgelände für 22 Unterrichtsräume sowie eine Mensa geplant. In dem am 17. Mai 2019 gefassten Beschluss heißt es auch: „Das Konzept wird regelmäßig aktualisiert.“

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben sich noch nicht positioniert. Die Fraktionen Die Linke, FDP und CDU wollen wollen Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt stellen.

Schulen planen Sternmarsch in Richtung Rathaus

Drei Schulen haben pünktlich zur Sitzung des Finanzausschusses für Dienstag einen Sternmarsch angemeldet. Ab 14 Uhr ziehen die Schüler, Eltern und Lehrer des Otto-Hahn-Gymnasiums (OHG) über die Friedländer Weg, die Geismar Landstraße und die Reinhäuser Landstraße ebenfalls bis vor das Neue Rathaus. Hier ist von 15.30 bis 17 Uhr eine gemein-

same Abschluss-Kundgebung geplant. Die Polizei rechnet mit bis zu 2000 Teilnehmern und entsprechenden Verkehrsbehinderungen entlang der Demonstrationrouten. Diese Zahl könnte sich noch erhöhen, denn die Schulleitern riefen am Montag auch die übrigen Schulen im Stadtgebiet dazu auf, sich zu solidarisieren.

Neuen Rathaus. Ihnen schließt sich ab dem Marktplatz die Bonifatiuschule an. Um 14.30 Uhr startet der Demonstrationzug vor dem Hainberg-Gymnasium (HG) und zieht über den Friedländer Weg, die Geismar Landstraße und die Reinhäuser Landstraße ebenfalls bis vor das Neue Rathaus. Hier ist von 15.30 bis 17 Uhr eine gemein-

Kommen Kommunen an ihre Grenzen?

Göttingens Kämmerer verweist auf die Haushaltssituation

Göttingen. In der aktuellen Diskussion um die Sanierung und Erweiterung von Schulstandorten werden unterschiedlichste Millionenbeträge genannt, die aus dem Haushalt finanziert werden müssen. Göttingens Kämmerer Christian Schmetz empfiehlt einen Blick auf die Gesamtsituation der Stadtfinanzen, um das Thema möglicherweise zu versachlichen.

Es sei noch gar nicht lange her, dass die Stadt Göttingen mit Kassenkrediten von 190 Millionen Euro kaum noch handlungsfähig gewesen sei. Damals im Juli 2012 unterzeichnete Göttingens Oberbürgermeister Wolfgang Meyer und Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann den sogenannten Zukunftsvertrag. Die Stadt verpflichtete sich zu massiven Einsparungen quer durch alle Aufgabenbereiche. Im Gegenzug erhielt man einen Fallschirm in Form von 113 Millionen Euro aus Hannover.

Sparkurs bis in die Gegenwart

Der daraus resultierende Sparkurs habe das politische Handeln bis in die Gegenwart bestimmt, so Schmetz in einem eigens anberaumten Pressegespräch am Montagmittag. Mit dem Doppelhaushalt 2019/20 beschloss der Rat dann erstmalig wieder ein beachtliches Finanzpaket von mehr als 460 Millionen Euro pro Jahr im ausgeglichenen Ergebnishaushalt und mehr als jeweils 480 Millionen Euro für Investitionen.

Gleichzeitig setzte die Stadt ein Investitionsprogramm (ZIVP) auf, das 14 Jahre in die Zukunft reicht und einen Investitionsbedarf von knapp 700 Millionen Euro ausweist. Und es gibt in Göttingen seit eben dieser Zeit außerdem einen Schuldendeckel, der den Rat disziplinieren soll, die langfristigen Kredite unter der Marke von 70 Millionen Euro zu halten. Aktueller Stand laut städtischer Finanzverwaltung: 69 Millionen Euro.

Etat um 56 Millionen Euro erhöht

„Diese Maßnahmen hat der Rat beschlossen“, erinnert Schmetz. Die Verwaltung sei bemüht, sich im Rahmen dieser Vorgaben zu bewegen. Aber: „Wir Kommunen kommen an unsere Grenzen“, so der Kämmerer. Trotzdem versuche man alles, um zusätzliche Finanzierungswünsche befriedigen zu können. So habe man beispielsweise kürzlich Rücklagen aus dem Ergebnishaushalt in Höhe von 12,5 Millionen Euro für Investitionen freigegeben – eine kreative Maßnahme. Auch sei man ständig bemüht, sämtliche in Frage kommenden Fördertöpfe anzuzapfen.

Zehn-Jahres-Etat angehoben

Mit dem Blick auf die aktuelle Diskussion um Schulinvestitionen betont die Verwaltung, dass der Zehn-Jahres-Etat für die 15 Göttinger Schulen immerhin von 34 Millionen (Stand: 2017) auf über 90 Millionen Euro (2020) angehoben wurde. Doch auch damit könnten offenbar nicht alle wünschenswerten Maßnahmen realisiert werden. „Wunsch erfüllt wäre mir als Berufsbezeichnung auch lieber. Aber ich bin nunmal Kämmerer.“ ms



Christian Schmetz

„Wir waren lange sehr geduldig“

Schulen protestieren mit Sternmarsch gegen Verwaltungspläne / Maroder Fachraumtrakt im HG

Von Christiane Böhm

Göttingen. 15 Bauprojekte für Göttinger Schulen finden sich auf der Maßnahmenliste des Schulstättenentwicklungsplans. Oben an findet sich die Lohbergerschule, auf Platz 15 die Wilhelm-Busch-Schule, die eine Mensa und neue Klassenräume bekommen soll. Dazwischen stehen beispielsweise der Neubau des Otto-Hahn-Gymnasiums und die Grundsanierung des Fachraumtraktes des Hainberg-Gymnasiums. Wegen gestiegener Baukosten hat die Verwaltung der Stadt neue Vorschläge für die Baumaßnahmen gemacht – Reduzierungen und Verzögerungen wären die Folge.

Die Elternräte von Bonifatiuschule I, Brüder-Grimm-Schule, Hainberg-Gymnasium (HG), Herman-Nohl-Schule und Otto-Hahn-Gymnasium (OHG) wehren sich gegen die Pläne. Sparmaßnahmen seien ohne Rücksicht auf pädagogische Notwendigkeiten und ohne Beteiligung der betroffenen Schulen erarbeitet worden, so die Elternräte in einer gemeinsamen Stellungnahme. Mit einem Sternmarsch von den jeweiligen Schulen zum neuen Rathaus wollen sie am Dienstag, 3. März, ihre Forderungen öffentlich machen. Um 15.30 Uhr ist eine gemeinsame Kundgebung vor dem Neuen Rathaus geplant.

Fenster mit Metallriegeln gesichert

Dringend nötig ist beispielsweise die Sanierung des sogenannten Neubautraktes des Hainberg-Gymnasiums. In dem Trakt – der in den 1960er Jahren erbaut wurde – sind die Fenster vollkommen marode. „Das Holz der Rahmen splittert. Der Wind drückt die Fenster auf, sodass wir viele Fenster mit Metallriegeln schließen mussten“, erklärte HG-Schulleiter Georg Bartelt bei einem Rundgang. Im Fachraumtrakt lassen sich viele Fenster nun gar nicht mehr öffnen oder nur noch kippen. In der Folge herrschten hier im Sommer extrem hohe Temperaturen, im Winter frieren die Schüler, weil es durch die Fenster ziehe, so Bartelt. Zudem ließen sich viele Türen nicht richtig schließen.



Maroder Holzfensterrahmen im „Neubau“ des Hainberg-Gymnasiums. FOTO: PH

Im Jahr 2006 habe er die Sanierung der Fenster das erste Mal beantragt, so Bartelt. „Wir waren lange sehr geduldig.“ Die energetische Sanierung von Fenstern und Gebäudehülle sollte eigentlich 2020 bis 2021 erfolgen. Das ist nun so nicht mehr möglich, weil Asbest in dem Bau gefunden wurde. Deshalb

dass es jetzt ganz schnell geht“, sagte der Schulleiter. Und Lehrer und Schüler wollten beteiligt werden an den Planungen. Parallel zu der Machbarkeitsstudie könnten Planungen mit der Schule doch schon beginnen, so Bartelt.

Nicht gegeneinander ausspielen lassen

Alle Schulen hätten berechnete Forderungen. „Wir wollen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen“, sagte Dagmara Wienekamp, stellvertretende Vorsitzende des Elternrates des HG. So sieht das auch Kathrin Körber, Elternvertreterin beim OHG. Beim OHG soll der künftige Neubau nicht mehr vier Stockwerke haben, sondern drei. Weitere dringend benötigte Klassenräume sollen in der benachbarten BBS angemietet werden.

Die Elternräte fordern die Umsetzung pädagogischer Gesichtspunkte bei baulichen Maßnahmen und die Einbeziehung von Eltern, Schülern und Schulleitungen bei Entscheidungen, die die Schulen betreffen.